



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR
WIRTSCHAFT, KLIMASCHUTZ,
ENERGIE UND
LANDESPLANUNG

AUF DER SUCHE NACH DEM GUTEN LEBEN

Der Regionale Wohlfahrtsindex Rheinland-Pfalz
im Kontext der Diskussion
um ein Maß für gesellschaftliche Wohlfahrt



AUF DER SUCHE NACH DEM GUTEN LEBEN

Der Regionale Wohlfahrtsindex Rheinland-Pfalz
im Kontext der Diskussion um ein Maß für gesellschaftliche Wohlfahrt

VORWORT

Auf die Frage, was alles zu einem guten Leben gehört, gibt es naturgemäß unterschiedliche Antworten. Was dem Einen sein Smartphone, mag dem Anderen sein Auto sein. Wiederum andere mögen ihren Garten als Erfüllung empfinden, oder auch die Familie, den Beruf, das Hobby.

Sicherlich wird es einen breiten Konsens dafür geben, dass ein gewisses Maß an Verfügbarkeit über materielle Dinge zu einem guten Leben gehört. Das beginnt bei den Grundbedürfnissen wie Nahrung, Kleidung und Wohnen, geht aber auch darüber hinaus. Smartphone, Fernseher, Auto, Computer, Wäschetrockner, und so weiter – die Liste der Gegenstände, die in jedem Haushalt unentbehrlich erscheinen, ist lang.

Aber, so kann man weiter fragen, machen die vielen Dinge auch glücklich? Benötigen wir all das wirklich zu einem guten Leben? Auch hier werden die Antworten unterschiedlich ausfallen. Die einen mögen mehr an materiellen Dingen hängen, andere wiederum etwas weniger. Dennoch dürfte kaum jemand der Behauptung widersprechen, dass Geld und Besitz allein nicht glücklich machen. Bereits die Alltagserfahrung lehrt, dass dazu mehr gehört, etwa Gesundheit, Familie, gute Freunde, aber auch eine intakte Umwelt, Sicherheit und Freiheit.

Gleichwohl hat es vielfach den Anschein, als ob in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in erster Linie darum gerungen wird, wie das Wirtschaftswachstum weiter gesteigert werden kann. Die Vorstellung, wonach es uns allen besser geht, wenn das Bruttoinlandsprodukt wächst, hat sich tief in unser Bewusstsein eingegraben, sie ist quasi zur Gewissheit geworden. Ein steigendes Bruttoinlandsprodukt signalisiert zunehmenden Wohl-



stand und ist Maßstab für politische Entscheidungen, umgekehrt dient es als Leistungsnachweis für die Politik.

Allerdings kommen in jüngerer Zeit vermehrt Zweifel auf, ob die Beziehung zwischen Wohlstand und Bruttoinlandsprodukt tatsächlich so eindeutig ist. So ist der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des

letzten Deutschen Bundestages zufolge der ehemals feste Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Wohlstand für viele in unserer Gesellschaft lockerer geworden.

Die Frage, ob die – mehr oder weniger – einseitige Orientierung am Bruttoinlandsprodukt, für die es im Nachkriegseuropa fraglos gute Gründe gegeben haben mag, auch heute noch trägt, stellt sich mit zunehmender Dringlichkeit. Bei immer mehr Menschen wird die gute Nachricht über eine positive wirtschaftliche Entwicklung eingetrübt. Viele müssen feststellen, dass das Wachstum an ihnen vorbei geht, andere spüren, dass der Leistungsdruck steigt, dass Gesundheit, Familie und Freunde zu kurz kommen. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass die Umweltbelastungen zunehmen. Der Klimawandel schreitet voran, der Verlust der biologischen Vielfalt setzt sich ungebrems fort, der Ressourcenverbrauch steigt – das Leben in einer intakten Umwelt wird in wachsendem Maße gefährdet. Wenn wir also über den Teller rand des Bruttoinlandsproduktes schauen, gerät unweigerlich in den Blick, dass unsere Art des Wirtschaftens soziale Probleme und ökologische Folgeschäden mit sich bringt, die den geschaffenen Wohlstand untergraben können.

Von daher kann es nicht verwundern, dass an vielen Orten der Frage nachgegangen wird, wie gesellschaftliche Wohlfahrt gemessen werden

kann. So werden auf der Ebene der Vereinten Nationen in Folge des Rio+20-Gipfels vom Juni 2012 zurzeit globale Ziele für eine nachhaltige Entwicklung verhandelt, die sogenannten Sustainable Development Goals (SDGs). In Europa ist die Diskussion zu diesen Fragen ebenfalls im Gange, und in Deutschland hat die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ im vergangenen Jahr einen auch über Fachkreise hinaus weithin beachteten Bericht vorgelegt.

Auch die Länder leisten ihren Beitrag, um das Thema voranzubringen. Wir in Rheinland-Pfalz haben hierzu einen Forschungsbericht erstellen lassen. Das Ergebnis, der Regionale Wohlfahrtsindex Rheinland-Pfalz, ist in diesem Sinne zu verstehen, er ist einzureihen in einen breiten Diskussionsprozess zu gesellschaftlicher Wohlfahrt und der Frage alternativer Wohlfahrtsmaße. Gleichzeitig soll er Anlass sein, Politik, Wirtschaft, Verbände und Gesellschaft in Rheinland-Pfalz herzlich einzuladen, sich an dieser Diskussion zu beteiligen.



Eveline Lemke

Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie
und Landesplanung

DAS BRUTTOINLANDSPRODUKT ALS MASSSTAB FÜR WOHLFAHRT

Die Meinung, der zufolge mit wirtschaftlichem Wachstum der materielle Wohlstand steige und in Folge dessen ein besseres Leben zu erwarten sei, ist weit verbreitet. Steigt das Bruttoinlandsprodukt (BIP), so das gängige, kaum mehr erklärungsbedürftige Muster, dann geht es mit der Wirtschaft bergauf, und die Wohlfahrt im Lande nimmt zu.

In der Tat ist das Bruttoinlandsprodukt ein Indikator für die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Ein steigendes BIP signalisiert Wirtschaftswachstum. Allerdings ist bereits seit den Anfängen umstritten, inwieweit ein steigendes BIP tatsächlich ein Mehr an Wohlfahrt oder ein besseres Leben mit sich bringt.

So mahnte Simon Kuznets, amerikanischer Ökonom und einer der Mitbegründer der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und des BIP, bereits kurz nach dessen Konzeptionierung 1934, dass die Wohlfahrt einer Nation kaum von der Höhe des Inlandsprodukts abgeleitet werden könne. Und knapp dreißig Jahre später erinnerte er daran, dass es notwendig sei, zwischen quantitativem und qualitativem Wachstum zu unterscheiden, zwischen Kosten und Rendite, zwischen Kurz- und Langfristigkeit. Wachstumsziele, so Kuznets weiter, sollten zudem stärker das Warum und Wofür spezifizieren.¹

Diese Mahnungen wie die damit einher gehende Skepsis der Eignung des BIP als Wohlfahrtsindikator beruhen im Wesentlichen auf zwei Faktoren.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum. Es misst den Wert der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen (Wertschöpfung), soweit diese nicht als Vorleistungen für die Produktion anderer Waren und Dienstleistungen verwendet werden. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird in jeweiligen Preisen und preisbereinigt (Deflationierung mit jährlich wechselnden Vorjahrespreisen und Verkettung) errechnet. Auf Vorjahrespreisbasis wird die „reale“ Wirtschaftsentwicklung im Zeitablauf frei von Preiseinflüssen dargestellt. Die Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt (BIP) dient als Messgröße für das Wirtschaftswachstum der Volkswirtschaften.

Quelle: Statistisches Bundesamt,
<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VGR/Methoden/BIP.html>

Der eine bezieht sich darauf, was gemessen wird. Da das BIP sich immer auf Produkte und Dienstleistungen in Marktpreisen bezieht, misst es in der Regel nur Leistungen, bei denen auch Geld fließt. Nichtmonetäre Leistungen wie Familienarbeit und ehrenamtliche Tätigkeiten bleiben unberücksichtigt, obwohl sie zweifelsfrei zur gesellschaftlichen Wohlfahrt beitragen. Dies betrifft im Bereich Familienarbeit Erziehung und Pflege, im Bereich der ehrenamtlichen Arbeit werden etwa Trainerleistungen im Breitensport oder aber auch nicht berufliche Tätigkeiten bei Feuerwehren und Rettungsdiensten nicht vom BIP erfasst.

¹ Yanne Goosens: Alternative Progress Indicators to Gross Domestic Product (GDP) as a Means Towards Sustainable Development. European Parliament, Policy Department, Economic and Scientific Policy, IP/A/ ENVI/ST/2007-10, Brüssel 2007, S. 12 f

Das BIP und nichtmonetäre Wohlfahrtsleistungen

Beschäftigt man sich in seiner Freizeit mit Gartenarbeit, so hat das keine Auswirkungen auf das BIP. Für das BIP ebenfalls folgenlos bleibt, wenn man dem Nachbarn beim Apfeelernten hilft. Wird hingegen ein Unternehmen beauftragt und für die erbrachte Leistung fließt Geld, steigt das BIP. Mit anderen Worten: Während die Wohlfahrt in allen drei Fällen im gleichen Maße steigt, steigt das BIP nur im letztgenannten Fall.

Die andere kritische Anfrage an das BIP zielt darauf ab, dass es Leistungen erfasst, die im Grunde nicht wohlfahrtssteigernd wirken oder bei denen eine wohlfahrtssteigernde Wirkung bestenfalls angenommen werden kann.

In Bezug auf letzteres wären etwa Kosten als Folge von Kriminalität oder Verkehrsunfällen, aber auch Ausgaben für Bildung oder Gesundheit zu nennen. Steigender Mitteleinsatz führt in diesen Bereichen zu einer Erhöhung des BIP, aber nicht zwangsläufig – und erst recht nicht zwangsläufig im gleichen Maße – zu einer Erhöhung der Wohlfahrt. So trägt in einem ineffizienten Gesundheitssystem ein höherer Mitteleinsatz zu einem höheren BIP bei, möglicherweise aber nicht oder nur in geringerem Maße zu einer verbesserten Gesundheitsversorgung. Umgekehrt wirken sich niedrige Gesundheitsausgaben dämpfend auf das BIP aus, ohne dass daraus allerdings eine unmittelbare Aussage über die Qualität der Gesundheitsversorgung abzuleiten wäre.

Im Grunde ähnlich verhält es sich mit defensiven Umweltausgaben, also etwa Kosten für die Beseitigung von Umweltschäden. Markantes Beispiel ist hier der Klimawandel. Sowohl Aktivitäten, die den Klimawandel beschleunigen, als auch Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels wirken sich in gleicher Weise, nämlich steigernd, auf das BIP aus, wohingegen die jeweiligen Wohlfahrtseffekte differenziert zu betrachten wären. Mit anderen

Das BIP und monetäre Leistungen ohne Wohlfahrtseffekte

Dass eine Zunahme von Ehescheidungen sich positiv auf die Wohlfahrt einer Gesellschaft auswirkt, wird niemand ernstlich behaupten wollen. Hingegen sorgen Anwalts- und Gerichtskosten dafür, dass das BIP steigt – ohne dass dies mit gesellschaftlichen Wohlfahrtsgewinnen einherginge.

Worten: Eine Übernutzung der Atmosphäre durch den Ausstoß von Treibhausgasen hat keine negativen Auswirkungen auf das BIP, während die Wohlfahrt durch die Folgen des Klimawandels durchaus Schaden nimmt.

Allerdings zeigt das Beispiel der defensiven Umweltausgaben auch die Stärke des BIP, wenn es als Maßzahl für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft betrachtet wird. Denn immerhin drückt es aus, dass es gelingt, Mittel für Maßnahmen in diesem Bereich zu mobilisieren. Eindrücklicher ist da möglicherweise noch das Bild der verformten Leitplanke als Folge eines Verkehrsunfalls. Weder der Unfall als solcher noch die Reparatur der Leitplanke wirken im Vergleich zum ursprünglichen Zustand wohlfahrtssteigernd. Hingegen zeugt es von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, die Mittel für erforderliche Reparaturarbeiten aufbringen zu können.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das BIP als Maß für die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft seine Berechtigung hat. Geht es indessen um eine nachhaltige soziale und ökologische Entwicklung, ist das BIP keine geeignete Kenngröße.

MASSTÄBE FÜR WOHLFAHRT – EIN KURZER ÜBERBLICK

Was aber ist Wohlfahrt genau, was kennzeichnet ein gutes Leben jenseits von materiellem Wohlstand? Versuche, sich dieser Frage zu nähern, gehen in Europa bis in die Antike zurück, etwa bei Diogenes, der das einfache Leben unter Verzicht auf alle materiellen Güter als das wahre Glück erachtete. Später kamen aus dem Christentum immer wieder Stimmen, die zu Verzicht oder doch zum Maß halten aufriefen. In der aktuellen Diskussion um nachhaltige Entwicklung wird oftmals die Suffizienzfrage ins Spiel gebracht, mal mit einer stärkeren Betonung auf Verzicht und ökonomische Schrumpfung², mal eher mit Blick auf die Suche nach dem rechten Maß.³

Bereits vor einigen Jahren leistete die Deutsche Bank Research einen interessanten Beitrag zu der Debatte, was Glück und Wohlfahrt ausmachen könnten. Dabei werden vier Bereiche unterschieden: Das BIP, das den Marktwert von Gütern und Dienstleistungen misst, dann der Bereich ökonomischen Wohlstands mit Faktoren wie Reichtum, Freizeit und nicht-marktbezogenen Aktivitäten, drittens die Lebensbedingungen wie Umwelt, Gesundheit und Bildung und schließlich Umstände wie Familie, soziale Beziehungen oder Arbeitszufriedenheit, die dem Bereich Glück (oder besser: Glücklichkeit) zugerechnet werden können.⁴

Damit trug die Deutsche Bank Research zu einer Debatte bei, die bereits seit einigen Jahrzehnten anhält.⁵ Mit dem 2013 erstellten Abschlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ hat der Suchprozess nach einem alternativen Instrument zur Wohlfahrtsmessung hierzulande zusätzlichen Schub bekommen.

Wie zuvor bereits in der OECD, der EU und in Frankreich ist mit der Arbeit der Enquete-Kommission die Diskussion um Alternativen beziehungsweise Ergänzungen zum BIP auch in Deutschland von der akademischen und zivilgesellschaftlichen Ebene zu politischen Entscheidungsträgern vorgedrungen.⁶

Im Jahre 2008 berief die französische Regierung unter dem damaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy die Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress (CMEPSP). Die besser unter den Namen ihrer wichtigsten Mitglieder bekannte **Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission** trat mit zwei Nobelpreisträgern⁷ an, um den Auftrag zu erfüllen, die Grenzen des BIP als Indikator für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und sozialen Fortschritt zu

² Vgl. etwa Niko Paech: Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München 2012

³ Vgl. etwa Uwe Schneidewind/Angelika Zahrnt: Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik. München 2013

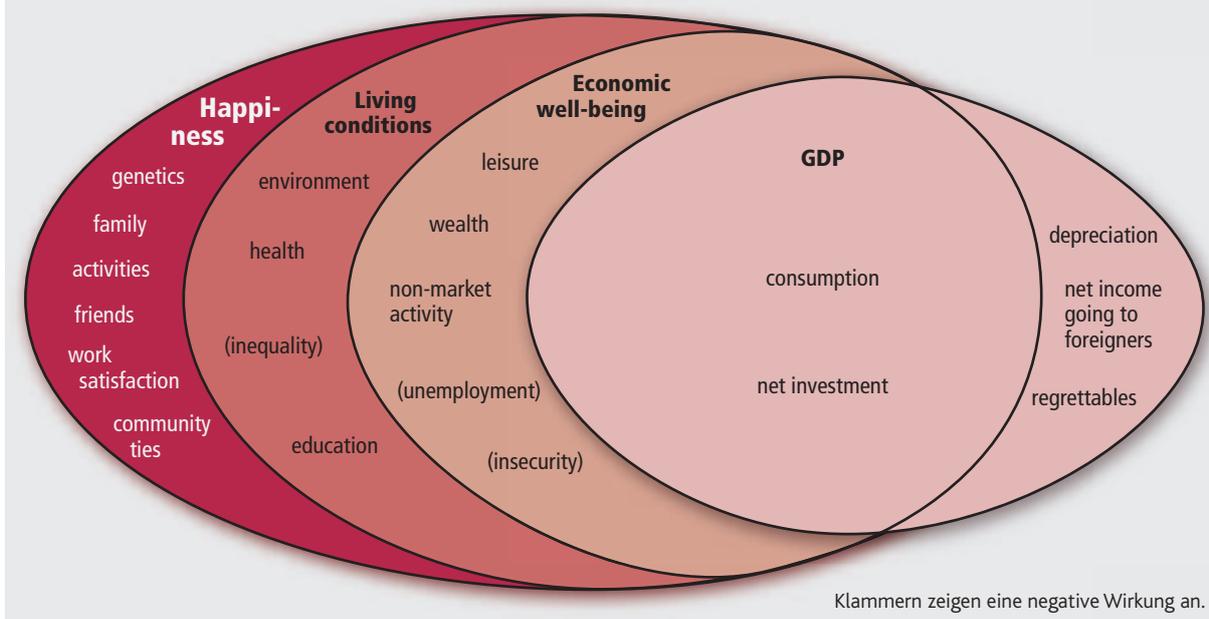
⁴ Deutsche Bank Research: Measures of well-being. There is more to it than GDP. Frankfurt 2006

⁵ Für einen kurzen Überblick über Ansätze, Alternativen zum BIP zu entwickeln, siehe Hans Diefenbacher/Roland Zieschank: Woran sich Wohlstand wirklich messen lässt. Alternativen zum Bruttoinlandsprodukt. München 2011; ausführlicher der Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ (DS 17/13300), S. 299 ff.

⁶ Eine etwas andere Entwicklung vollzog sich in Großbritannien, wo mit der Sustainable Development Commission (SDC) bis 2011 eine dem deutschen Rat für Nachhaltige Entwicklung vergleichbare Kommission die Regierung beriet. Auch wenn die Kommission einem breiter gefassten Auftrag nachging, hatte der unter dem Titel „Prosperity without Growth“ erschienene Beitrag des Kommissionsmitglieds Tim Jackson erheblichen Einfluss auf die Debatte um Wirtschaftswachstum und das BIP als Maßstab für Wohlfahrt. Vgl. in deutsch Tim Jackson: Wohlstand ohne Wachstum. Leben und wirtschaften in einer endlichen Welt. München 2011

⁷ Der indische Wirtschaftswissenschaftler Amartya Sen wurde 1998 mit dem Nobelpreis geehrt, der US-Amerikaner Joseph Stiglitz erhielt den Nobelpreis für Wirtschaft 2001.

The many elements of happiness and well-being



Quelle: Deutsche Bank Research: Measures of well-being. There is more to it than GDP. Frankfurt 2006, S. 3

beschreiben, für die Wohlfahrtsmessung zusätzlich erforderliche Elemente zu identifizieren und Vorschläge zur Umsetzung, insbesondere auch mit Blick auf die Öffentlichkeitswirkung, zu erarbeiten.

Der 2009 veröffentlichte Abschlussbericht der Kommission⁸ schlägt noch kein eigenes Messinstrument vor, markiert aber einen Rahmen und nennt Bereiche, die für einen Wohlfahrtsindikator zu messen wären. Zunächst stellt der Bericht fest, dass die Zeit für eine Gewichtsverschiebung reif sei. An Stelle der Messung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit müsse die Wohlfahrt der Menschen stärker in den Vordergrund treten. Dies sei in den Kontext des Nachhaltigkeitsparadigmas zu stellen.

Was wir messen, so der Bericht, beeinflusst, was wir tun. Der einseitige Blick auf das BIP habe eine Fokussierung der Politik auf ökonomisches Wachstum begünstigt und tendiere dazu, die

Acht Schlüsselbereiche der Wohlfahrtsmessung nach Stiglitz-Sen-Fitoussi

1. Materieller Lebensstandard (Einkommen, Konsum, Reichtum)
2. Gesundheit
3. Bildung
4. Persönliche Aktivitäten inklusive Arbeit
5. Politische Artikulation und Regierungsführung
6. Soziale Verbindungen und Beziehungen
7. Umwelt (derzeitige und künftige Bedingungen)
8. Sicherheit, im ökonomischen und physischen Sinne

Politik vor falsche Alternativen zu stellen, also etwa zu wählen zwischen Maßnahmen zur Generierung von wirtschaftlichem Wachstum oder dem Schutz der Umwelt. Deshalb müsse die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen integraler Bestandteil einer Wohlfahrtsmessung sein. Zudem sei dies auch vor dem Hintergrund der ökologischen Krise geboten, da fehlende öko-

⁸ Joseph E. Stiglitz, Amartya Sen, Jean-Paul Fitoussi: Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. Mit zusätzlichen Informationen zum Download unter <http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/en/index.htm>

Better-Life-Index der OECD

1. Wohnen
2. Einkommen
3. Arbeit
4. Gemeinschaft
5. Bildung
6. Umwelt
7. Bürgerschaftliches Engagement
8. Gesundheit
9. Lebenszufriedenheit
10. Sicherheit
11. Work-Life-Balance

nomische Anreize zu einer Externalisierung ökologischer Kosten führten. Überdies reiche es nicht, Umweltschäden vom BIP zu subtrahieren, solange die ökologischen Grenzen des Planeten nicht in den Blick gerieten.

Weiterhin schlägt der Bericht vor, die Einkommensverteilung, die realen Haushaltseinkommen und nicht-marktbezogene Aktivitäten wie Familienarbeit und ehrenamtliche Tätigkeiten bei der Wohlfahrtsmessung prominent zu berücksichtigen.

Basierend auf eigenen Vorarbeiten und angelehnt an die Ergebnisse der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission stellte die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit 2011 ihren **Better-Life-Index** vor.⁹ Darin werden elf für die menschliche Wohlfahrt zentrale Aspekte identifiziert, darunter so diverse wie Gesundheit und Bildung, Umwelt, Lebenszufriedenheit und Einkommen. Die OECD veröffentlicht die entsprechenden Daten für inzwischen 36 Länder (alle OECD-Mitglieder sowie Brasilien und Russland).¹⁰

Zudem lädt die OECD per Internet dazu ein, diese elf Bereiche nach persönlicher Präferenz zu gewichten. Aus der Summe der individuellen Präferenzen kann die Bedeutung der jeweiligen Bereiche für die Menschen abgeleitet werden. Gleichzeitig wird dadurch ermöglicht, unterschiedliche Gewichtungen in verschiedenen Regionen der Welt zu identifizieren.

Bereits 2007 hatte die EU-Kommission mit einem Kongress, den sie zusammen mit dem Europaparlament, dem Club of Rome, der OECD und dem WWF durchführte, den **Beyond GDP**-Prozess eingeleitet. Das Ziel ist, das BIP zu ergänzen, um, wie es im Untertitel von Beyond GDP heißt, den Fortschritt, den wahren Reichtum und die Wohlfahrt der Nationen zu messen.¹¹

In ihrer Mitteilung vom August 2009 beschreibt die Kommission in einer Roadmap fünf Ziele. Dabei geht es erstens um die Ergänzung des BIP durch ökologische und soziale Indikatoren. In diesem Zusammenhang soll ein umfassender Umweltindex erarbeitet werden, der die Bereiche Klimawandel und Energieverbrauch, Natur und Artenvielfalt, Luftverschmutzung und Auswirkung

Der Gross National Happiness Index im Königreich Bhutan

Im Königreich Bhutan wurde seit den 1970er Jahren der Gross National Happiness Index entwickelt. Der Index ist in der Verfassung verankert, die Regierung ist demzufolge aufgefordert, Rahmenbedingungen zur Umsetzung des Konzepts zu schaffen.

Der Index hat vier Säulen: Gute Regierungsführung, nachhaltige sozio-ökonomische Entwicklung, Erhaltung der Kultur und Schutz der Umwelt. Diese vier Säulen wiederum gliedern sich in neun Bereiche: psychologisches Wohlbefinden, Gesundheit, Bildung, Zeitnutzung, kulturelle Vielfalt und Belastungsfähigkeit, gute Regierungsführung, lebendige Gemeinschaft, ökologische Vielfalt und Robustheit sowie Lebensstandard.

Diese Bereiche sollen für die Wohlfahrt stehen, sie sollen die Bedingungen für ein gutes Leben der Menschen in Bhutan widerspiegeln.

Weitere Informationen: <http://www.grossnationalhappiness.com>

⁹ <http://www.oecdbetterlifeindex.org/de/>

¹⁰ OECD: How's Life. Measuring Well-being. o.O. 2013, http://www.oecd-ilibrary.org/economics/how-s-life-2013_9789264201392-en

¹¹ Vgl. die Webseite der EU-Kommission zu Beyond GDP unter http://ec.europa.eu/environment/beyond_gdp/index_en.html

gen auf die Gesundheit, Wasserverbrauch und -verschmutzung sowie Abfallerzeugung und Ressourcenverbrauch umfasst. Als soziale Indikatoren werden unter anderem Einkommen, Gesundheit, Freizeit, Wohlstand und Mobilität genannt. Zweitens sollen die Informationen in Beinahe-Echtzeit zur Verfügung stehen, um als Basis für die politische Entscheidungsfindung nutzbar gemacht werden zu können. Drittens soll es eine genauere Berichterstattung über Einkommensverteilung und Ungleichheiten geben, um den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt als übergreifende Ziele der Gemeinschaft in den Blick zu bekommen. Viertens soll, über die Europäische Nachhaltigkeitsstrategie hinausgehend, die Entwicklung eines Europäischen Anzeigers für nachhaltige Entwicklung, also eines umfassenderen Instruments mit zeitnahen Informationen vorangetrieben werden. Ein Hauptziel des Anzeigers für nachhaltige Entwicklung ist der Kommission zufolge die Beachtung der Grenzen der natürlichen Ressourcen. Dies schließt sowohl die Kapazität der Natur, natürliche Ressourcen bereitzustellen, als auch die Grenzen zur Aufnahme von Schadstoffen ein. Fünftens schließlich geht es der Kommission um die Einbeziehung von ökologischen und sozialen Anliegen in die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.¹²

Am 15. April 2013 stellte die **Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“** ihren Abschlussbericht vor.¹³ Dabei geht die Kommission davon aus, dass wirtschaftliches Wachstum nicht automatisch einen Zuwachs an Wohlstand und Lebensqualität bedeutet. Aus Sicht der Kommission kann „konstatiert werden,

dass der ehemals feste Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Wohlstand für viele in unserer Gesellschaft lockerer geworden ist.“¹⁴ Sie stellt fest, „dass Wachstum kein Ziel an sich sei, jedoch als Mittel zur Erreichung anderer Ziele hohe Bedeutung hat“¹⁵, wobei „die ökologischen Grenzen der Umweltbelastung der Erde die Grenzen unseres Handelns bestimmen.“¹⁶

Und die Kommission erkennt an, dass sich der materielle Wohlstand eines Landes auch durch „nicht-marktvermittelte Produktion (Kindererziehung, Pflege im Haushalt, Ehrenamt etc.) bestimmt. Dabei handelt es sich um einen großen volkswirtschaftlichen Wertschöpfungsbereich, der bislang wenig im Blickfeld steht.“¹⁷

Gleichwohl spricht sich die Kommission nicht für die Abschaffung des BIP aus. Sie schlägt ein Indikatorensystem vor, das das BIP neben der Einkommensverteilung und den Staatsschulden der Dimension „Materieller Wohlstand“ zuordnet. Dieser Dimension zur Seite gestellt werden die Dimension „Soziales/Teilhabe“ mit den Indikatoren Beschäftigung, Bildung, Gesundheit und Freiheit sowie die Dimension „Ökologie“ mit den Indikatoren Artenvielfalt, Stickstoff, und Treibhausgas. Bei letzteren werden die nationalen Werte erfasst.

Über diese zehn Leitindikatoren hinaus schlägt die Kommission die Einführung sogenannter Warnlampen vor. Diese sollen die Leitindikatoren ergänzen. Nicht zuletzt, um die weltweite Dimension globaler Umweltgüter nicht aus dem Blick zu verlieren, schlägt die Kommission für diesen Bereich die Warnlampen globale Treibhausgasemissionen, globaler Stickstoffüberschuss und globale Entwicklung der Artenvielfalt vor. Damit

¹² Vgl. Das BIP und mehr. Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament. KOM(2009) 433 vom 20.08.2009, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0433:FIN:DE:PDF>

¹³ Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“. Schlussbericht. (DS 17/13300)

¹⁴ Ebda, S. 235

¹⁵ Ebda, S. 24; In einem Sondervotum der Fraktionen SPD, DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen und zahlreicher Sachverständiger heißt es noch entschiedener: „Wachstum kann das Ergebnis einer gewünschten Entwicklung sein, aber nicht ein Ziel an sich. (...) Wachsen soll das, was sozial und ökologisch verträglich ist; schrumpfen muss das, was die soziale und natürliche Mitwelt schädigt.“ Vgl. ebda, S. 129

¹⁶ Ebda, S. 25

¹⁷ Ebda, S. 29

Die 10 Leitindikatoren im Detail

Materieller Wohlstand	Soziales und Teilhabe		Ökologie
BIP: BIP pro Kopf / Veränderungsrate des BIP pro Kopf (Rang des absoluten BIP global)	Beschäftigung: Beschäftigungs- quote	Bildung: Sekundarab- schluss-II-Quote	Treibhausgase: nationale Emissionen
Einkommensverteilung: P 80 / P 20	Gesundheit: Lebenserwartung		Stickstoff: nationaler Überschuss
Staatsschulden: Schuldenstandsgote (Tragfähigkeitslücke)	Freiheit: Weltbank-Indikator "Voice & Accountability"		Artenvielfalt: nationaler Vogelindex

Quelle: Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“. Schlussbericht, (DS 17/13300), S. 238

will sie erreichen, dass Fehlentwicklungen, die durch die Leitindikatoren nicht ausreichend abgebildet werden, nicht aus dem Blickfeld verschwinden. Für die Dimension „Materieller Wohlstand“ sind die Warnlampen Nettoinvestitionen, Vermögensverteilung und finanzielle Nachhaltigkeit des Privatsektors, für den Bereich „Soziales/Teilhabe“ sind es Unterbeschäftigung, Weiterbildung und die gesunden Lebensjahre.

Die Ergebnisse der Kommission sollen, so der Vertrag von CDU, CSU und SPD für die Bildung einer großen Koalition auf Bundesebene, in ein Indikatoren- und Berichtssystem zur Lebensqualität in Deutschland einfließen, das in regelmäßigem Abstand in verständlicher Form über Stand und Fortschritt bei der Verbesserung von Lebensqualität in Deutschland Auskunft geben soll. Damit soll die Information über die sozialen, ökologischen und ökonomischen Dimensionen von

Lebensqualität und Fortschritt verbessert werden. Darüber hinaus sollen die Erkenntnisse in einen ressortübergreifenden Aktionsplan „gut leben“ zur Verbesserung der Lebensqualität in Deutschland münden.¹⁸

Der **Nationale Wohlfahrtsindex (NWI)** ist Ergebnis einer Pilotstudie, die das Umweltbundesamt und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 2009 in Auftrag gegeben haben.¹⁹ Eine Weiterentwicklung und Aktualisierung, der sogenannte NWI 2.0, erfolgte im Jahre 2013.²⁰

Der NWI stellt, ähnlich wie das BIP, eine monetäre Kenngröße dar, das heißt, alle in den NWI eingehenden Werte liegen in Euro oder einer anderen Währung vor beziehungsweise können (etwa durch Schätzung) in dieser Form zum Ausdruck gebracht werden.

¹⁸ Vgl. Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 18. Legislaturperiode, S. 12

¹⁹ Hans Diefenbacher/Roland Zieschank: Wohlfahrtsmessung in Deutschland: Ein Vorschlag für einen nationalen Wohlfahrtsindex. Dessau 2009. (<http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/wohlfahrtsmessung-in-deutschland>. Für einen kurzen Überblick vgl. Hans Diefenbacher/Roland Zieschank: Woran sich Wohlstand wirklich messen lässt. Alternativen zum Bruttoinlandsprodukt. München 2011, S. 60 ff.

²⁰ Hans Diefenbacher/Benjamin Held/Dorothee Rodenhäuser/Roland Zieschank: NWI 2.0 – Weiterentwicklung und Aktualisierung des Nationalen Wohlfahrtsindex. Heidelberg 2013

(http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Forschungsdatenbank/fkz_um10_17_907_2_wohlfahrtsindex_bf.pdf)

Dies ist methodisch insofern von Bedeutung, als der NWI das Prinzip verfolgt, wonach wohlfahrtssteigernde Leistungen positiv in den NWI einfließen, während Ausgaben, die sich wohlfahrtsmindernd auswirken, in Abzug gebracht werden.

Dabei geht der NWI von der Basisgröße privater Verbrauch aus, der im Index positiv zu Buche schlägt. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass der Konsum von Gütern und Dienstleistungen positiven Nutzen stiftet und damit zur Wohlfahrt beiträgt. Eine zweite normative Entscheidung bildet die nutzen- und gerechtigkeitstheoretische Überlegung, wonach eine Einheit zusätzliches Einkommen für einen armen Haushalt einen größeren Nutzen stiftet als für einen reichen. Daraus abgeleitet wird der private Verbrauch mit der Einkommensverteilung gewichtet, so dass der Wohlfahrtsindex fällt, je ungleicher das Einkommen in einer Gesellschaft verteilt ist.

Positive Auswirkungen auf den Index haben weiterhin Leistungen, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeiten erbracht wurden. Ebenfalls positiv verrechnet werden (anteilige) Ausgaben für Bildung und Gesundheit. Negative Auswirkungen haben alle Umweltschäden (respektive genauer: die damit verbundenen Kosten), aber auch Kosten von Verkehrsunfällen, Kriminalität, Alkohol- und Drogenmissbrauch.

DER REGIONALE WOHLFAHRTSINDEX RHEINLAND-PFALZ

Das Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz hat die Autoren der Studie des Nationalen Wohlfahrtsindex um die Ermittlung eines Regionalen Wohlfahrtsindex (RWI) für das Land gebeten.²¹ Vergleichbare Ergebnisse liegen bereits vor für Bayern, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Thüringen.²²

Der RWI Rheinland-Pfalz folgt in seiner Berechnung der **Konstruktion** des Nationalen Wohlfahrtsindex 2.0 und ist dadurch auch mit der Bundesebene und Regionalen Wohlfahrtsindizes der Länder²³ vergleichbar. Basisgröße der Berechnung ist der private Konsum, der mit einem Maß für die Einkommensverteilung (dem sogenannten Gini-Koeffizienten) gewichtet wird. Hausarbeit und ehrenamtliche Tätigkeiten gehen ebenso positiv in die Berechnung ein wie ein Teil der öffentlichen Ausgaben für Gesundheit und Bildung.

Für das zeitliche Auseinanderfallen von Kosten und Nutzen dauerhafter Konsumgüter erfolgt eine Korrektur, indem die Ausgaben für Gebrauchsgegenstände, die länger als ein Jahr genutzt werden, im Jahr des Kaufs abgezogen werden; der Nutzen, den diese Güter stiften, wird dagegen in den entsprechenden Folgejahren addiert.

Schließlich werden wohlfahrtsmindernde soziale und ökologische Aspekte abgezogen. Hierbei han-

delt es sich um insgesamt 14 Komponenten, etwa Kosten für Kriminalität und Verkehrsunfälle oder Umweltschäden.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass für die untersuchten Jahre 1999 – 2010, für die die erforderlichen Daten weitestgehend vorliegen, RWI und BIP phasenweise durchaus parallel verlaufen. In mehreren Jahren ist allerdings auch eine gegenläufige Entwicklung zu konstatieren.

Die letztgenannte Beobachtung gilt insbesondere für die Zeit ab 2003. Während das BIP vor allem bis 2007 und dann wieder ab 2009 deutlich steigt, sinkt der RWI nahezu in allen Jahren, bis er schließlich am Ende des Untersuchungszeitraums 2010 einen Tiefstand erreicht.

Sucht man nach Gründen für diesen Kurvenverlauf, so stößt man in erster Linie auf die gewichteten Konsumausgaben (Komponente 2), die als Folge der zunehmenden Ungleichentwicklung der Einkommensverteilung negativ auf den RWI einwirken. In sechs Jahren des Untersuchungszeitraums sind diesem Faktor mindestens 50 Prozent der Gesamtwirkung zuzurechnen, wobei er in zwei Jahren jedoch für eine Steigerung des RWI sorgt.²⁴ Auch der fallende RWI für das Jahr 2010 ist zu 55 Prozent darauf zurückzuführen, dass, bei real wachsenden Konsumausgaben, die Einkommensungleichheit deutlich zunimmt.

²¹ Vgl. Hans Diefenbacher et al.: Regionaler Wohlfahrtsindex Rheinland-Pfalz und Gestaltung wohlfahrtsorientierter Wirtschaftspolitik. Regionaler Wohlfahrtsindex 1999 – 2010, Sektorstrukturanalyse und Sektoranalyse Umweltwirtschaft Rheinland-Pfalz. Hg. vom Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung, Mainz 2014

²² Alle Berichte stehen zum Download bereit unter <http://www.fest-heidelberg.de/index.php/arbeitsbereiche-und-querschnittsprojekte/frieden-und-nachhaltige-entwicklung/nwirwi>

²³ Dies gilt nur bedingt für Schleswig-Holstein. Für dieses Land wurde der RWI zum ersten Mal berechnet, seinerzeit allerdings noch auf einer leicht abweichenden Methodik, die sich auf den NWI 1.0 stützt.

²⁴ Dass der Gini-Index für die Jahre 1999 bis 2004 auf Basis der westdeutschen Verteilungsentwicklung geschätzt werden musste, mahnt indes bei der Interpretation zur Vorsicht.

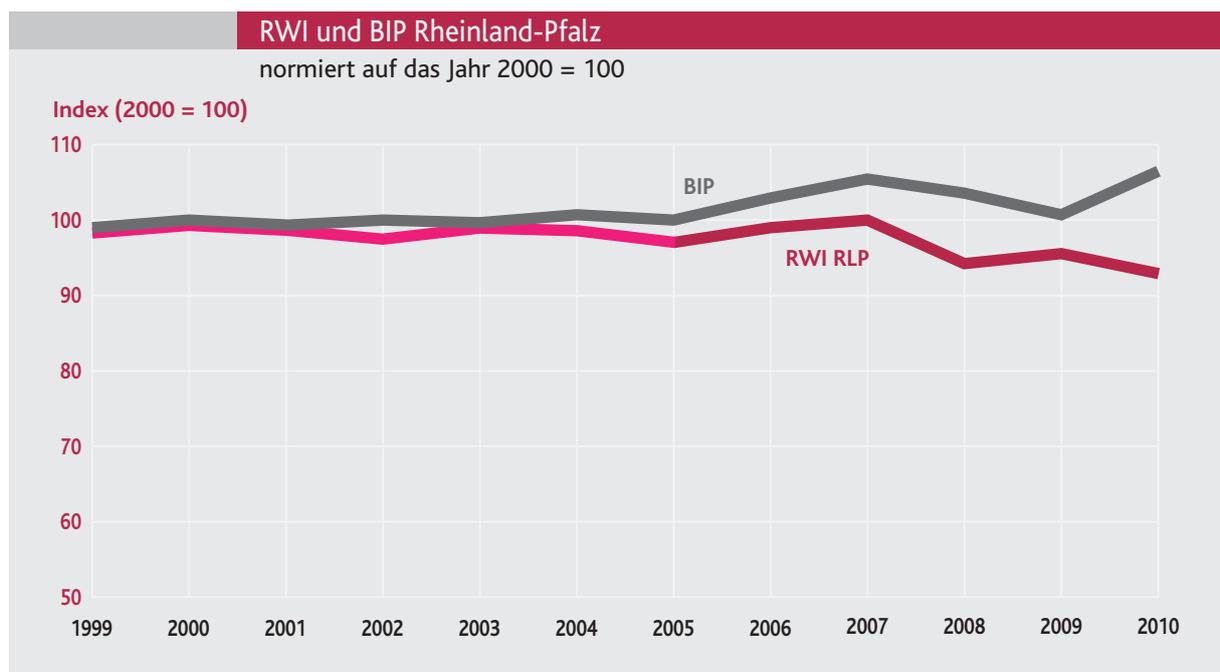
NWI und das Indikatorensystem der Enquete-Kommission – ein kurzes Pro und Contra

Der NWI kann für sich in Anspruch nehmen, ein Ergebnis zu haben, das in einem einzigen Zahlenwert besteht, der, sei es in Relation zum BIP oder im Zeitvergleich, eine Gesamtbetrachtung der Wohlfahrtsentwicklung erlaubt. In dieser Hinsicht befindet er sich auf Augenhöhe mit dem BIP. Der methodische Preis dafür besteht darin, dass (in seiner aggregierten Form) einzelne Entwicklungen überdeckt werden können. Zudem sieht sich der Ansatz des NWI dem Vorwurf ausgesetzt, Dinge zueinander in Beziehung zu setzen, die schwer oder gar nicht miteinander zu verrechnen sind, also etwa Konsum, Familienarbeit und Umweltzerstörung.

Der alternative Ansatz, wie ihn etwa die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ mit einer Vielzahl von Indikatoren und Warnlampen gewählt hat, entgeht dieser Kritik. Der methodische Preis liegt hier jedoch in einer eingebauten Unübersichtlichkeit; in analoger Weise öffentlichkeitswirksam wie beim BIP eine periodische Entwicklungsrate der Wohlfahrt, ausgedrückt in Prozent, anzugeben, erlaubt dieser Ansatz nicht. Mehr noch: Entwickeln sich verschiedene Indikatoren in unterschiedliche Richtungen, erlaubt dieser Ansatz keine Aussage darüber, ob die Wohlfahrt insgesamt zu- oder abgenommen habe.

Die Entwicklung des RWI ist jedoch nicht durchgängig in der Hauptsache von den Faktoren Konsum und Einkommensverteilung abhängig. Die Rückgänge in den Jahren 2001, 2008 und 2010 beispielsweise sind stark von Verschlechterungen im Umweltbereich beeinflusst. Häufiger noch allerdings wirken die umweltbezogenen Komponenten in Richtung einer Wohlfahrtssteigerung. Dies ist dann der Fall, wenn die erfassten Kosten für Vorsorge und Schäden durch Umweltverbrauch rückläufig sind. In neun Jahren des Untersuchungszeitraums hat die Verminderung von

Schadenskosten und defensiven Kosten mehr als 25 Prozent Anteil an den positiven Änderungen im RWI. In der Summe reicht dies aber meist nicht aus, um die negativen Auswirkungen etwa der Verteilungsentwicklung zu kompensieren. Immerhin dominiert das Absinken von Ersatzkosten für den Verbrauch nicht erneuerbarer Energieträger (Komponente 18) und der Kosten durch Treibhausgasemissionen (Komponente 19) die positive Entwicklung des RWI im Jahr 2000 (mit 72% Anteil an den positiven Änderungen).



Dabei entwickeln sich die einzelnen umweltbezogenen Komponenten durchaus unterschiedlich. Beispielsweise gehen die Luftschadstoffkosten (Komponente 14) und die Kosten des Treibhausgasausstoßes (Komponente 19) im Zeitverlauf deutlich zurück (um ca. 33 bzw. 15%), während etwa die Kosten durch Lärmbelastungen (Komponente 15) ansteigen (um ca. 12 %).²⁵

Spürbaren Einfluss auf die Wohlfahrtsentwicklung haben darüber hinaus die Komponenten „Wert der Hausarbeit“ (Komponente 3), „Wert ehrenamtlicher Tätigkeiten“ (Komponente 4), „Kosten und Nutzen dauerhafter Konsumgüter“ (Komponente 6) sowie „Verkehrsunfallkosten“ (Kompo-

nente 8). Zudem haben immerhin zwölf Komponenten in mindestens einem Jahr einen Anteil von 10 Prozent oder mehr an den Änderungen.

Damit sind die entscheidenden Einflüsse auf den rheinland-pfälzischen RWI bemerkenswert vielfältig. In anderen bisher untersuchten Bundesländern ist demgegenüber eine deutlichere Konzentration auf wenige den RWI beeinflussende Komponenten festzustellen.

Obwohl diese Zahlen aufgrund der unsicheren Datenlage mit einer gewissen Vorsicht zu behandeln sind, ist die Richtung erkennbar. Vor allem im Vergleich zum BIP-Verlauf zeigt sich der Unter-

Anhang: Übersicht der Einzelkomponenten des RWI

Nr. Komponente	+ / -
1 Index der Einkommensverteilung	
2 Gewichteter privater Konsum	+
3 Wert der Hausarbeit	+
4 Wert der ehrenamtlichen Arbeit	+
5 Öffentliche Ausgaben für Gesundheits- und Bildungswesen	+
6 Kosten und Nutzen dauerhafter Konsumgüter	+ / -
7 Kosten für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte	-
8 Kosten durch Verkehrsunfälle	-
9 Kosten durch Kriminalität	-
10 Kosten durch Alkohol-, Tabak- und Drogenkonsum	-
11 Gesellschaftl. Ausgaben zur Kompensation von Umweltbelastungen	-
12 Kosten durch Wasserbelastungen	-
13 Kosten durch Bodenbelastungen	-
14 Schäden durch Luftverschmutzung	-
15 Schäden durch Lärm	-
16 Verlust bzw. Gewinn durch Biotopflächenänderungen	+ / -
17 Schäden durch Verlust von landwirtschaftlich nutzbarer Fläche	+ / -
18 Ersatzkosten durch Verbrauch nicht erneuerbarer Energieträger	-
19 Schäden durch Treibhausgase	-
20 Kosten der Atomenergienutzung	-

²⁵ Zu beachten ist dabei, dass gerade im Bereich der Umweltkosten noch erhebliche Bewertungsschwierigkeiten bestehen. Vor allem die Umweltkosten in den Bereichen Wasser (Komponente 12) und Boden (Komponente 13) sowie Biodiversitätsverluste (Komponente 16) können bisher nicht angemessen berücksichtigt werden. Auch die übrigen Bewertungen der Umweltkosten müssen als eher zurückhaltend betrachtet werden und spiegeln voraussichtlich nicht deren vollen Umfang wider.

Branchenanalysen als Basis für eine wohlfahrtsorientierte Wirtschaftspolitik

Branchenanalysen helfen, die Sektoren zu identifizieren, die im Hinblick auf eine Erhöhung des RWI der besonderen Aufmerksamkeit der Wirtschaftspolitik bedürfen. Sie erlauben etwa zu festzustellen, in welchen Sektoren sinnvollerweise zu prüfen wäre, ob ein höheres Maß an Investitionen in den Umweltschutz signifikante Auswirkungen auf den RWI erwarten lassen kann.

Viele Wirtschaftssektoren, die im Bundesdurchschnitt besonders umweltintensiv sind, weisen in der rheinland-pfälzischen Wirtschaftsstruktur ein überdurchschnittlich hohes Gewicht auf. So liegt, gemessen am Umsatz, der Anteil des produzierenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz höher als in Deutschland, der des potentiell weniger umweltbelastenden Dienstleistungsbereichs dagegen niedriger. Innerhalb des produzierenden Gewerbes sticht die chemische Industrie mit einem Umsatzanteil von 31,9 % im Jahr 2011 gegenüber 8,3 % in Deutschland insgesamt heraus. Eine im Vergleich zum Bundesdurchschnitt geringere Bedeutung haben dagegen der Fahrzeug- (21,4 % in Deutschland gegenüber 13,2 % in Rheinland-Pfalz im Jahr 2011), der Maschinenbau (12,4 % gegenüber 9,2 %) und die Elektroindustrie (9,3 % zu 3 %). Daraus kann geschlossen werden, dass die Industriestruktur in Rheinland-Pfalz eine positive Entwicklung des Regionalen Wohlfahrtsindex (RWI) als Folge geringerer Umweltbelastungen nicht begünstigt. Dem steht gegenüber, dass eine Reihe von Sektoren wie die Energieversorgung und die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz im Vergleich zum Bundesdurchschnitt weniger umweltbelastend produzieren.

Die Umweltwirtschaft hat für die Entwicklung des RWI eine herausgehobene Bedeutung. Viele Einzelkomponenten, die in die Berechnung des RWI eingehen, sind umweltbezogen, wie etwa die Kosten durch Wasser- und Bodenbelastung oder auch Schäden durch Luftverschmutzung, Lärm und Treibhausgase. Geringere Schadens- und Vermeidungskosten wirken sich positiv auf den RWI aus. Gleichzeitig gehört die Umweltwirtschaft zu den Wachstumsbranchen, sowohl in Deutschland wie auch auf dem EU-Binnenmarkt und den globalen Märkten. Eine starke Umweltwirtschaft stellt einen unverzichtbaren Grundpfeiler für grünes Wachstum dar. Die daraus entstehenden Arbeitsplätze und Einkommenszuwächse erhöhen die für den privaten Konsum zur Verfügung stehenden Mittel und führen zu einem höheren RWI. Von daher erweist sich eine Stärkung der Umweltwirtschaft vor dem Hintergrund des RWI als win-win-Strategie.

Rheinland-Pfalz liegt mit seiner Umweltwirtschaft trotz eines unterdurchschnittlichen Anteils bei Umweltschutzdienstleistungen gemessen am Umsatz auf Rang fünf der Bundesländer, also um einen Rang besser als nach dem Bruttoinlandsprodukt. Die Umweltwirtschaft in Rheinland-Pfalz ist mit ihrem Schwerpunkt im Bereich erneuerbare Energien auf die dynamischen Zukunftsmärkte im In- und Ausland ausgerichtet und damit bestens aufgestellt, die Chancen für „grünes Wachstum“ zu nutzen. Potentiale scheinen bei den Investitionen in Forschung und Entwicklung zu liegen, wobei etwa neu eingerichtete Studiengänge mit Bezug zur Umweltwirtschaft an der Fachhochschule Bingen und der Technischen Universität Kaiserslautern weitere Schritte in die richtige Richtung darstellen. Ein Risiko könnte in der Verfügbarkeit von Fachkräften liegen. Eine auf Wohlfahrt ausgerichtete Wirtschaftspolitik wird unter anderem darauf achten, die Stärken, also insbesondere auch die Orientierung über die Landesgrenzen hinaus, auszubauen und Schwächen wie dem unterdurchschnittlichen Anteil der Dienstleistungen und einem möglichen Fachkräftemangel mit entsprechenden Maßnahmen zu begegnen.

schied zwischen einer Orientierung an der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und einer Orientierung an gesellschaftlicher Wohlfahrt. Ein Zuwachs an wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit bedeutet nicht automatisch ein mehr an gesellschaftlicher Wohlfahrt – wie auch umgekehrt eine steigende Wohlfahrt Wirtschaftswachstum nicht voraussetzt. Zwar erweist sich wirtschaftliches Wachstum, wie es im RWI in steigenden Konsumaus-

gaben zum Ausdruck kommt, keinesfalls als Nachteil. Allerdings ist Wirtschaftswachstum nicht der alleinige Faktor, der Wohlfahrt erzeugt, Familienarbeit und ehrenamtliche Tätigkeiten treten hinzu. Zudem kann Wirtschaftswachstum teilweise oder vollständig aufgezehrt – und möglicherweise gar überkompensiert werden – durch andere Komponenten, seien es die Kosten für Verkehrsunfälle, für Umweltschäden oder für Kriminalität.

SCHLUSSFOLGERUNGEN AUS SICHT DER POLITIK

Aufgabe von Politik ist es, die richtigen Rahmenbedingungen für gesellschaftliche Wohlfahrt und ein gutes Leben zu schaffen. Bereits die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, konstatiert in ihrem Abschlussbericht, „dass der ehemals feste Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Wohlstand für viele in unserer Gesellschaft lockerer geworden ist.“²⁶ Diese Beobachtung, so zeigte die Diskussion in der Enquete-Kommission, wird offenbar in allen politischen Lagern geteilt.

Für die Politik bedeutet dies durchaus eine neue Herausforderung. Wenn materieller Wohlstand und damit wirtschaftliches Wachstum als politisches Ziel nicht mehr hinreichen, ja für die gesellschaftliche Wohlfahrt möglicherweise sogar negative Konsequenzen haben können, dann nimmt die Komplexität politischer Entscheidungs- und Abwägungsprozesse zu.

Zuvor stellt sich allerdings die Frage nach dem Ziel. Die Begriffe „gesellschaftliche Wohlfahrt“ oder „gutes Leben“ mögen in einer ersten Annäherung tauglich erscheinen. Allerdings bedürfen sie, ähnlich wie das Konzept wirtschaftlichen Wachstums, weiterer Konkretisierung, und diese ist zwangsläufig immer normativ, das heißt, an gesellschaftlichen Wertvorstellungen ausgerichtet. Der RWI Rheinland-Pfalz trifft eine solche Entscheidung, indem er bestimmte Komponenten in seine Berechnung aufnimmt und sie durch eine Rechenoperation bewertet.²⁷ Wie die Diskussion um alternative Wohlfahrtsmaße zeigt, geschieht

dies nicht willkürlich, sondern in weitgehender Übereinstimmung mit anderen Beiträgen und Instrumenten. Das Indikatorensystem etwa, das die Enquete-Kommission mit der Bundestagsmehrheit der vergangenen Legislaturperiode vorgeschlagen hat, mag methodisch anders gelagert sein, in seiner normativen Verankerung verfolgt es keinen grundlegend anderen Ansatz als der RWI.

Diese breite Übereinstimmung ist nicht weiter verwunderlich, wenn man bedenkt, dass für die allermeisten Menschen materieller Wohlstand zwar eine wichtige, aber keineswegs die einzige und manchmal auch nicht die wichtigste Variable für ihr Wohlergehen darstellt. Nichts anderes bildet der RWI mit seinen zwanzig Komponenten ab.

Für eine Politik des sozial-ökologischen Wandels findet sich dabei eine Reihe von Anknüpfungspunkten. Dabei ist zunächst einmal der Tatsache Rechnung zu tragen, dass nicht jedes Wachstum gut ist, dass Wachstum aber auch nicht grundsätzlich schlecht ist. Es geht darum, intelligentes Wachstum zu schaffen und Wachstum intelligent zu nutzen, damit es zu einem Mehr an Wohlfahrt führt.

Von hoher Bedeutung hierfür ist offenbar der private Konsum und dessen Verteilung, das dazu passende Stichwort ist soziale Gerechtigkeit. In diesem Zusammenhang hat sich die Landesregierung unter anderem für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland eingesetzt, womit sie erfolgreich zu den entsprechen-

²⁶ Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“. Schlussbericht (DS 17/13300), S. 24

²⁷ Auch bei der Berechnung des BIP werden normative Entscheidungen getroffen. So fließen bereits jetzt Schwarzarbeit und Prostitution in die Berechnung des BIP ein. Ab dem kommenden Jahr werden in allen 28 EU-Staaten auch die bislang unberücksichtigten wirtschaftlichen Leistungen aus den Bereichen Drogenhandel und Tabaksmuggel erfasst. Ausgaben für Forschung und Entwicklung werden dann nicht mehr als Vorleistungen abgezogen, sondern gehen als Investitionen positiv in die BIP-Berechnung ein. Vgl. Kiffen für die Konjunktur, Neue Berechnung des BIP, Süddeutsche Zeitung vom 25. März 2014, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/neue-berechnung-des-bip-kiffen-fuer-die-konjunktur-1.1921011>

den Gesetzesinitiativen auf Bundesebene beigetragen hat. Im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe in Rheinland-Pfalz wird bereits seit dem 1. März 2011 durch das Inkrafttreten des Landestariftreuegesetzes ein wichtiger Beitrag zum Schutz von Beschäftigten und Unternehmen vor Lohndumping, Niedriglohnkonkurrenz und Wettbewerbsverzerrungen geleistet. Hiernach dürfen öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben werden, die sich tariftreu verhalten beziehungsweise ihren Beschäftigten das gesetzlich geregelte Mindestentgelt bezahlen.

Aber auch die Förderung des Ehrenamts und die Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen für die Familienarbeit sind wichtige Politikfelder – weniger mit Blick auf wirtschaftliches Wachstum im Sinne eines BIP-Wachstums, sehr viel stärker aber mit Blick auf die damit zusammenhängenden Wohlfahrt stiftenden Wirkungen. So ist es in Rheinland-Pfalz beispielsweise gelungen, den Versicherungsschutz für ehrenamtlich Engagierte zu verbessern und, insbesondere mit dem jährlich stattfindenden Ehrenamtstag und dem Brückenpreis der Ministerpräsidentin („Engagement leben – Brücken bauen – Integration stärken“), die Anerkennungskultur auszubauen. Über das Projekt der Lebensphasenorientierten Personalpolitik werden zudem Unternehmen dazu ermutigt, vor allem durch eine flexible und differenzierte Personalarbeit individuellen Bedürfnissen Rechnung zu tragen und damit auch verstärkt Freiräume für Familienarbeit, etwa für Kindererziehung oder Pflege, zu eröffnen. Investitionen in Bildung und Gesundheit tragen ebenfalls zur gesellschaftlichen Wohlfahrt bei.

Und nicht zuletzt ist der Schutz der Umwelt eine wichtige Komponente. Die Wohlfahrtsorientierung öffnet den Blick dafür, dass es einem guten Leben nicht zuträglich ist, wenn Umweltzerstörung zum Preis für materiellen Wohlstand wird. Dies sagt bereits die Alltagserfahrung: Eine hohe Zahl an Besitztümern hört dann auf, Freude zu machen, wenn die Luft verpestet ist, der Lärm unerträglich wird, der Wald stirbt und die Gewässer verschmutzen.

Folgt man der Logik des RWI, so ergibt sich, dass die Energiewende dazu führt, dass die Umweltkosten sinken. Dies schlägt sich insbesondere in den Komponenten 18 und 19, den Ersatzkosten durch Verbrauch nicht erneuerbarer Energieträger und den Schäden durch Treibhausgase, nieder. Vielfältige Maßnahmen zur Energieeffizienz tragen zudem dazu bei, die potentiell wohlfahrtsmindernde Wirkung dieser beiden Komponenten zu begrenzen. Die Arbeit der Energie-Agentur Rheinland-Pfalz ist in Folge dessen als ein wichtiger Beitrag zu Steigerung der gesellschaftlichen Wohlfahrt im Lande zu sehen.

Positiv auswirken wird sich auch das Klimaschutzgesetz für Rheinland-Pfalz, das sich zurzeit in den parlamentarischen Beratungen befindet. Es ist davon auszugehen, dass sich bei einer Aktualisierung des Untersuchungszeitraumes die Maßnahmen zur Energiewende und zum Klimaschutz im Verlauf des RWI bemerkbar machen werden.

In ähnlicher Weise gilt dies mit Blick auf die RWI-Komponente 13, den Kosten durch Bodenbelastungen. Hier hat die Landesregierung beispielsweise Maßnahmen ergriffen, um die Bodenbelastungen durch den Bergbau, etwa bei Basalt und Kies, zu verringern. Ebenfalls in diesen Zusammenhang gehören die Unterstützung des biologischen Landbaus sowie der Aufbau der Altlastensanierungsgesellschaft Rheinland-Pfalz, mit deren Hilfe eine verstärkte Bearbeitung der Altlastenproblematik ermöglicht werden soll.

Darüber hinaus ist die Landesregierung dabei, ein Rohstoffsicherungskonzept zu erarbeiten, das neben der Frage der langfristigen Sicherung der heimischen Lagerstätten sowie dem Schutz von Mensch und Natur insbesondere die Ressourceneffizienz in den Vordergrund rückt. In den gleichen Kontext gehört eine Reihe von weiteren Maßnahmen wie das Bündnis Kreislaufwirtschaft auf dem Bau, das Kreislaufwirtschaftsgesetz, das Unternehmensnetzwerk Umwelttechnik und die EffCheck-PIUS-Analysen zum produktionsintegrierten Umweltschutz.

All dies zielt darauf ab, dass das wächst, was wachsen soll, weil es dazu beiträgt, die Wohlfahrt der Menschen zu erhöhen. Wachstum darf nicht bedingungslos sein, und nicht jede Art von Wachstum ist gleich gut. Es muss darum gehen, Wachstum intelligent zu gestalten. Dabei kommt es darauf an, was wächst und wie es wächst – nämlich umweltverträglich und auf die Wohlfahrt der Menschen in Rheinland-Pfalz orientiert.

IMPRESSUM

Herausgeber: Ministerium für Wirtschaft,
Klimaschutz, Energie und Landesplanung
Rheinland-Pfalz
Stiftsstraße 9, 55116 Mainz
E-Mail: poststelle@mwkel.rlp.de
Internet: <http://www.mwkel.rlp.de>
<http://www.agenda21.rlp.de>
Telefon: 06131 / 16-0, Telefax: 06131 / 16-2100

Gestaltung/Layout: tom breuer grafik-design

Fotos: momius-fotolia.com, Tom Breuer

Druck: Prinz Druck Print Media GmbH & Co KG,
Idar-Oberstein

Mainz 2014

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für die Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.





Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR
WIRTSCHAFT, KLIMASCHUTZ,
ENERGIE UND
LANDESPLANUNG

Stiftsstraße 9
55116 Mainz
Telefon +49 (0)6131 16-0
Telefax +49 (0)6131 16-2100
E-Mail: poststelle@mwkel.rlp.de
www.mwkel.rlp.de
www.agenda21.rlp.de